



NRW peilt doppelte Abschiebezahlen an

Düsseldorf. Immer mehr Asylsuchende kehren gezwungenermaßen oder freiwillig in ihre Heimat zurück. Auch Nordrhein-Westfalen dringt stärker auf schnelle Abschiebung und unterstützt Rückkehrer. In diesem Jahr wird sich die Zahl der freiwilligen Ausreisen abgelehnter oder chancenloser Flüchtlinge voraussichtlich verdoppeln. Dennoch würden in NRW überdurchschnittlich viele Ausreisepflichtige beherbergt, bemängelte die CDU-Op-
position in Düsseldorf.

Nach Angaben der Bundespolizei konnten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 11 000 Flüchtlinge aus NRW freiwillig zurückgeführt werden – etwa ebenso viele wie im gesamten Jahr 2015 (rund 11 500). Wie das NRW-Innenministerium in Düsseldorf mitteilte, nahmen 8356 freiwillige Rückkehrer ein bundesweites Hilfsprogramm in Anspruch. In 2652 weiteren Fällen organisierte und finanzierte das Land NRW die Ausreise in die Heimat.

Auch die Zahl der zwangsweisen Abschiebungen aus NRW ist stark gestiegen – von 1342 in den ersten fünf Monaten 2015 um rund 62 Prozent auf 2167 in den ersten fünf Mo-
Westdeutsche Zeitung

Vita gefälscht: SPD-Politikerin gibt auf

Essen. Die langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Hinz (54) legt nach Aufdeckung ihres gefälschten Lebenslaufes ihr Mandat nieder. Hinz habe Bundestagspräsident Norbert Lammert „um einen schnellstmöglichen persönlichen Ter-
Westdeutsche Zeitung –Titelseite-

naten 2016. Bis zum Mai hatte NRW nach Angaben des Landesinnenministeriums in diesem Jahr bundesweit die meisten Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen verzeichnet.

Der Anstieg der Zahlen täuscht aus Sicht der CDU in NRW darüber hinweg, dass NRW im Vergleich zurückgefallen sei. Während von 2010 bis 2014 jede vierte Abschiebung aus NRW abgewickelt worden sei, sei es nun knapp jede fünfte, kritisierte der Vize-Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper.

Dabei falle die Ablehnungsquote hier durchaus hoch aus: Im ersten Halbjahr 2016 seien in NRW gut 38 Prozent von rund 50 000 Entscheidungen über Asylanträge negativ beschieden worden. Besorgniserregend sei auch, dass NRW mit rund einem Viertel einen überdurchschnittlichen Anteil aller Ausreisepflichtigen ohne Duldung beherberge: rund 13 000 von bundesweit über 51 000. Dies dürfe sich nicht verstärken. Auch die Quote der offiziellen Duldungen sei in NRW überdurchschnittlich hoch: Von rund 59 000 Ausreisepflichtigen hätten 78 Prozent eine Duldung erhalten. *lnw*

min gebeten“, um ihren Verzicht auf das Mandat zu erklären, teilten ihre Anwälte gestern in Essen mit.

Zuvor hatten die Anwälte bestätigt, dass Hinz wesentliche Teile ihres Lebenslaufes erfunden hatte. Demnach hat sie weder Abitur gemacht noch juristische Staatsexamina abgelegt. Nach dem Eingeständnis hatte NRW-Justizminister Thomas Kutschaty den sofortigen Rückzug von Hinz gefordert. *dpa*

87.000 haben in NRW noch keinen Asylantrag gestellt

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF Von den 230.000 Flüchtlingen, die im vergangenen Jahr nach NRW gekommen sind, haben nach Auskunft des Düsseldorfer Innenministeriums 87.000 Menschen bislang noch keinen Asylantrag stellen können. Der Grund seien mangelnde Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gewesen.

Abhilfe sollen die fünf neuen „Ankunftszentren“ in Mönchengladbach, Bonn, Dortmund, Bielefeld und Münster schaffen, in denen die Asylbewerber dem BAMF ihren Antrag vorlegen können. „Wir fahren jede Woche rund 3000 Flüchtlinge mit Bussen auf unsere Kosten dorthin, obwohl wir dafür gar nicht zuständig sind“, sagte ein Ministeriumssprecher. Bis September solle der Antragsstau abgearbeitet ein.

Unterdessen kritisiert die Union, dass die Verteilung der Landesmittel für Flüchtlinge an die Kommunen weiterhin ungerecht erfolge. Die Zahlungen schwankten zwi-

schon jährlich 1789 Euro pro kommunalem Flüchtling (so in Salzkotten) und 1,1 Millionen Euro (Schöppingen). Weeze etwa erhalte 55.291 Euro. Der Grund für diese „Unwucht“ sei, dass die Gelder nicht nach der tatsächlichen Anzahl der Flüchtlinge vergeben würden, sondern nach einem Schlüssel, der zu 90 Prozent die Einwohnerzahl der Kommune berücksichtige, sagte der CDU-Kommunalexperte André Kuper. Dies habe zur Folge, dass Kommunen Pauschalen für Flüchtlinge erhielten, die ihnen gar nicht zugewiesen worden seien, weil sich dort eine Landeseinrichtung befinde.

Während Kuper beklagte, dass NRW zu zögerlich abschiebe, teilte die Bundespolizei der Agentur dpa mit, dass sich die Zahl der freiwilligen Ausreisen abgelehnter oder chancenloser Flüchtlinge in diesem Jahr in NRW voraussichtlich verdoppeln werde. In den ersten sechs Monaten seien bereits rund 11.000 Flüchtlinge freiwillig zurückgeführt worden. Das sind ebenso viele wie im gesamten Jahr 2015.

Rheinische Post

Kraft (SPD) beleidigt: 2250 Euro Strafe

Köln. Das Amtsgericht Köln hat einen 53-jährigen wegen Beleidigung der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) zu einer Geldstrafe von 2250 Euro verurteilt. Er hatte Kraft zwei E-Mails geschrieben,
Westdeutsche Zeitung

in denen er sich auf ihren Vorschlag bezog, Langzeitarbeitslose als Flüchtlingshelfer einzusetzen. Das kommentierte er mit dem Satz: „Sie müssen einen IQ wie ein Toastbrot haben.“ Kraft stellte Strafantrag. Der damals langzeitarbeitslose Angeklagte gab an, „frustriert“ gewesen zu sein. *lnw*

NRW-KENNZIFFER

4,2 Milliarden Euro – mit so viel Geld rechnen die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet als Finanzausgleich im nächsten Jahr vom Land. Das wären 300 Mio Euro mehr als noch
Neue Rhein Zeitung

vor zwei Jahren. Eine Modellrechnung hatte jüngst ergeben, dass das Land insgesamt 10,557 Mrd Euro als Zuweisungen an die Kommunen weitergeben will – ein neuer Rekord. Die Zahl ist allerdings vorläufig, sie basiert auf der diesjährigen Mai-Steuerschätzung. *NRZ*

Westdeutsche Allgemeine

Wie NRW für mehr Sicherheit sorgt

Die Polizei wird besser ausgestattet und trainiert neue Bedrohungskonzepte. Registrierung der Flüchtlinge und Abschiebungen werden beschleunigt

Von Matthias Korfmann
und Christopher Onkelbach

Essen. Die Behörden haben es mit einem „neuen Tätertyp“ zu tun. Jugendliche, die sich in der Anonymität radikalieren und spontan Anschläge verüben. Es sei extrem schwierig, eine solche „Turbo-Radikalisierung“ rechtzeitig zu erkennen, meint NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Der jugendliche Axt-Täter aus Würzburg gehört dazu, wohl auch der Anschlag auf den Essener Sikh-Tempel.

Mit zahlreichen Maßnahmen versucht der Staat, sich zu wappnen und die Sicherheit zu gewährleisten. So wird die NRW-Polizei seit Monaten aufgerüstet und die Beamten systematisch auch auf Begegnungen mit Terroristen vorbereitet. Sie bekommen 11 000 Kunststoffwesten, die auch gegen den Beschuss mit Kriegswaffen schützen sollen. Das Land stattet die Polizisten zudem mit 5000 neuen Maschinenpistolen (MP) aus. „Bisher gab es eine MP pro Streifenwagen, bald werden es zwei sein“, sagt Arnold Plickert, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, dieser Zeitung.

„Erstmals wird in NRW wieder Polizei aufgebaut.“

Arnold Plickert, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP

Terrorgefahren spielen auch bei der Ausbildung der Polizisten eine größere Rolle. Bisher werden die Beamten für Amok-Lagen in geschlossenen Räumen geschult, erklärte die GdP. Dieser Unterricht werde nun erweitert durch ein „Terrorismus-Modul“ mit Einsatzszenarien auf Wegen und freien Plätzen. Wegen der besseren Ausrüstung und Ausbildung werde von den Polizisten künftig auch ein konsequenteres Einschreiten in gefährlichen Situationen erwartet, gibt Plickert zu Bedenken.

Das NRW-Innenministerium gibt sich bei der Frage nach den neuen Sicherheitsmaßnahmen zurückhaltend. „Sie sind auf hohem Niveau. Aber wir reden nicht über Details“, sagt ein Sprecher. Man möchte nicht, dass die „Gefährder“

zu viel darüber erfahren. Natürlich zeige die Polizei mehr Präsenz auf belebten Plätzen. Dass die Behörden schnell reagieren könnten, hätten die vergangenen Tage gezeigt. Während des Putschversuches in der Türkei seien in NRW türkische Einrichtungen und Orte, an denen sich Oppositionelle aufhalten, schnell gesichert worden.

GdP-Chef Plickert spricht von einem „Paradigmenwechsel“ bei der inneren Sicherheit. Die personelle Ausstattung werde endlich spürbar verbessert. Bis 2023 sollen jedes Jahr 2000 Nachwuchspolizisten eingestellt werden. Plickert: „Erstmals seit langer Zeit wird in diesem Land wieder Polizei aufgebaut.“

Bahn und Bundespolizei reagieren auf die Sicherheitslage mit einer ausgeweiteten Videoüberwachung. Bundesweit sind 5000 Kameras an 700 großen Bahnhöfen installiert, knapp 20 Prozent mehr als noch vor vier Jahren. Nahverkehrs- und S-Bahnzüge werden von 27 000 Kameras beobachtet, doppelt so viele wie 2012. In NRW sei der Trend ähnlich, so die Bahn. Erste Sicherheitskräfte tragen Schulterkameras (Bodycams). Ein Pilotprojekt läuft bis Ende 2016 in Berlin – danach könnten sie auch in NRW zum Einsatz kommen.

Auf ein dringendes Sicherheitsproblem machte gestern André Kuper, Fraktionsvize der CDU im

Landtag, aufmerksam. Noch immer seien mehr als 100 000 Flüchtlinge in NRW nicht ermittlungsdienstlich erfasst. „Im Bundesländer-Vergleich ist das einmalig schlecht“, sagt er. In der Phase des großen Zustroms wurden die Menschen kurzerhand den Kommunen zugewiesen und warten dort seit Monaten darauf, einen Asylantrag zu stellen. Mit einem neuen Konzept sollen nun bis zum Herbst alle Altfälle abgearbeitet sein, verspricht Innenminister Jäger.

Verdoppelung der Ausreisen

Zugleich erhöht das Land den Druck bei den Abschiebungen, bis Jahresende peilt NRW eine Verdoppelung der Ausreisen an. 2016 wurden bisher 11 000 Flüchtlinge „freiwillig zurückgeführt“, wie es heißt – ebenso viele wie im gesamten Jahr 2014. Auch die Zahl der zwangsweisen Abschiebungen sei in den ersten fünf Monaten des Jahres um 62 Prozent auf 2167 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Das sei bundesweit die absolut höchste Zahl. *mit stew*

Zahl der minderjährigen Flüchtlinge gestiegen

■ Pro Woche erreichen NRW im Durchschnitt aktuell **etwa 1200 Flüchtlinge**. Im Januar und Februar waren es noch 4000 bis 5000 Menschen, in der ersten Kalenderwoche sogar mehr als 10 000.

■ Zugleich stieg die Zahl **unbegleiteter Minderjähriger** auf inzwischen mehr als 13 000. Seit Februar werden die jungen Flüchtlinge von den 186 Jugendämtern in NRW betreut.

Rheinische Post

Düsseldorf zum NRW-Tag gesperrt

DÜSSELDORF (RP) Die Düsseldorfer Innenstadt wird Ende August für

den Autoverkehr abgeriegelt. Wie die Stadt mitteilte, wird es nur elf Zufahrten geben. Vom 26. bis 28. August wird der 70. Geburtstag Nordrhein-Westfalens und gleichzeitig das 70-jährige Bestehen der

Landeshauptstadt gefeiert. Um den Gästen ein ungestörtes Flanieren zu ermöglichen, wird die Innenstadt am Sonntag, 28. August, für den Autoverkehr gesperrt.

Rheinische Post

Etwas weniger Drogentote in NRW

DÜSSELDORF (epd) Die Zahl der Drogentoten in NRW ist leicht zurückgegangen: 2014 starben 3167 Menschen an den Folgen ihres Drogenkonsums, wie das statistische Lan-

desamt gestern mitteilte. Das war ein Prozent weniger als im Jahr zuvor. In 88,5 Prozent der Fälle waren die Folgen von Alkoholkonsum die Todesursache. Bei den übrigen 365 Fällen hatten psychotrope Substanzen oder Betäubungsmittel wie beispielsweise Heroin, Kokain oder LSD tödliche Folgen. Der Anteil der

Drogentoten an allen Sterbefällen in NRW blieb mit 1,6 Prozent gleich. Die meisten Todesfälle durch andere Drogen als Alkohol gab es bei den 50- bis 54-Jährigen. Fünf Jahre zuvor waren hauptsächlich 40- bis 44-Jährige betroffen, 2004 die Gruppe der 35- bis 39-Jährigen.

Kölner Stadt-Anzeiger

ARBEITSPLÄTZE

Zahl der befristeten Jobs in NRW wächst

Düsseldorf. Fast jeder vierte Beschäftigte (22,8 Prozent) arbeitet in NRW in einem sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnis.

Vor allem Frauen seien mit einem Anteil von mehr als einem Drittel (35,1 Prozent) in befristeten, geringfügigen oder Teilzeitstellen beschäftigt, teilte das Statistische Landesamt in Düsseldorf mit. Damit habe sich die Zahl der atypischen Beschäftigten in NRW zwischen 1991 und 2015 fast verdoppelt. Die Zahl der „Normalarbeitsplätze“ sei im selben Zeitraum um 6,4 Prozent zurückgegangen.

Mit einem Anteil von 30,8 Prozent sei Gelsenkirchen die landesweite Hochburg bei der atypischen Beschäftigung. In der Revierstadt arbeiteten mehr als vier von zehn (44,5 Prozent) der erwerbstätigen Frauen nicht in einem klassischen Arbeitsverhältnis. Der niedrigste Anteil findet sich dagegen im Rheinisch-Bergischen Kreis mit lediglich 16,4 Prozent. (dpa)

Kölner Stadt-Anzeiger –Titelseite–

Immer mehr Flüchtlinge verlassen NRW

Schon 11 000 freiwillige Ausreisen in 2016. 27 000 Kameras sichern den Nahverkehr

An Rhein und Ruhr. Immer mehr Asylsuchende kehren gezwungenermaßen oder freiwillig in ihre Heimat zurück. Auch Nordrhein-Westfalen dringt stärker auf schnelle Abschiebung und unterstützt Rückkehrer. In diesem Jahr wird sich die Zahl der freiwilligen Ausreisen abgelehnter oder chancenloser Flüchtlinge voraussichtlich verdoppeln. **Dennoch würden in NRW überdurchschnittlich viele Ausreisepflichtige beherbergt, bemängelte die CDU-Opposition gestern in Düsseldorf.**

Nach Angaben der Bundespolizei konnten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 11 000 Flüchtlinge aus NRW freiwillig zurückgeführt werden – etwa ebenso viele wie im gesamten Jahr 2015 (rund 11 500). Wie das NRW-Innenministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur in Düsseldorf mitteilte, nahmen 8356 freiwillige Rückkehrer ein bundeswei-



Die NRW-Polizei wird aufgerüstet.

tes Hilfsprogramm in Anspruch. In 2652 weiteren Fällen organisierte und finanzierte das Land NRW die Ausreise in die Heimat. „Die freiwillige Ausreise ist die bessere Lösung – für alle Beteiligten“, bekräftigte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD).

Auch die Zahl der zwangsweisen Abschiebungen aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland ist stark gestiegen – von 1342 in den

ersten fünf Monaten 2015 **um rund 62 Prozent** auf 2167 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Polizei wird aufgerüstet

Mit zahlreichen Maßnahmen versucht das Land zudem, Sicherheit in Zeiten zunehmender Terrorgefahr zu gewährleisten. So wird die NRW-Polizei seit Monaten aufgerüstet und die Beamten systematisch auch auf Begegnungen mit Terroristen vorbereitet. Sie bekommen 11 000 Kunststoff-Schusswesten, die auch gegen den Beschuss mit Kriegswaffen schützen sollen.

Terrorgefahren spielen auch bei der Ausbildung der Polizisten eine größere Rolle. Bisher werden die Beamten für Amoklagen in geschlossenen Räumen geschult, erklärt die Gewerkschaft der Polizei. Dieser Unterricht werde nun erweitert durch ein „Terrorismus-Modul“ mit Einsatz-Szenarien auf Wegen und freien Plätzen. Wegen der

besseren Ausrüstung und Ausbildung werde von den Polizisten künftig auch ein konsequenteres Einschreiten in gefährlichen Situationen erwartet. Bahn und Bundespolizei reagieren auf die Sicherheitslage mit einer verbesserten Videoüberwachung auf den Bahnhöfen. In Nahverkehrs- und S-Bahnzügen sind 27 000 Kameras eingebaut, doppelt so viele wie 2012.

CHO/mk/stew/dpa

AUCH BUNDESWEIT NIMMT ZAHL DER ABSCHIEBUNGEN ZU

Die Zahl der Abschiebungen hat 2016 auch bundesweit zugenommen. Fast alle Länder steigerten die Rückführungen abgelehnter Asylbewerber – allen voran **Sachsen, das die Zahl im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2015 vervierfachte.**

Westdeutsche Allgemeine

Verfassungsschutz siebt dubiose Wachleute aus

5515 private Sicherheitskräfte für Flüchtlingsunterkünfte geprüft. Gewerkschaft kritisiert Standards

Von Stephanie Weltmann

Essen. Knapp zwei Jahre, nachdem Bilder von misshandelten Flüchtlingen in einem Asylbewerberheim in Burbach bundesweit Entsetzen auslösten, veröffentlicht das NRW-Innenministerium erste Ergebnisse seiner verschärften Standards für private Sicherheitsfirmen. Seit Oktober 2014 haben Verfassungsschützer 155 Wachleute ausgesiebt, die als nicht geeignet für die Arbeit in einem Landesheim gelten. Gründe können Gewalttaten oder Missbrauchsdelikte gewesen sein. Weitere 658 Mitarbeiter wurden vorläufig gesperrt, etwa weil sie ohne die Freigabe der Behörden im Einsatz waren.

Der Verfassungsschutz hat in den zurückliegenden 21 Monaten 5515 Mitarbeiter über das polizeiliche Führungszeugnis hinaus überprüft. Zudem seien NRW-weit Kontrollteams in nicht näher benannter An-

zahl im Einsatz. Dies sind zwei Aspekte des Acht-Punkte-Plans, mit dem das Land und die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Behörde für die Verteilung von Flüchtlingen 2014 auf die Missbräuche durch Mitarbeiter eines Subunternehmens in Burbach reagierten.

Subunternehmen wieder möglich

Anders als vor zwei Jahren vereinbart sind Subunternehmer aber auch künftig nicht von Ausschreibungen für Landeseinrichtungen auszuschließen. Nach Angaben der Bezirksregierung sei dies rechtlich nicht zu halten gewesen. Allerdings müsse eine Sicherheitsfirma bei der Bewerbung angeben, ob sie einen Subunternehmer beschäftigen will. „Dessen Mitarbeiter werden dann ebenfalls vom Verfassungsschutz geprüft.“ Ein Landesheim, in dem ein Subunternehmen beschäftigt wird, sei in Arnsberg aber nicht bekannt.



Gewaltszenen im Burbacher Asylheim sorgten 2014 für Entsetzen. FOTO: SCHULZ

Kritik gibt es von der Gewerkschaft Verdi, die den Acht-Punkte-Plan als „Alibi-Veranstaltung“ brandmarkt. „Wenn Subunternehmer weiter in Flüchtlingsheimen arbeiten könnten, sind wir keinen Schritt voran gekommen“, sagt Özay Tarim von Verdi NRW. Er kritisiert zudem, die Wachleute erhielten zu wenig Lohn und arbeiteten deutlich mehr als sie rechtlich dürften. Er nennt Beispiele von mehr als 320 Einsatzstunden im Monat.

Kritisch sieht der Flüchtlingsrat NRW, dass Wachpersonal geringere Sachkenntnisse vorweisen müssen als 2014 geplant. Sicherheitsleute sollten ursprünglich einen Sachkundenachweis vorweisen, nach dem sie auch Personen schützen dürfen. 2015 hat das Land diese Vorgabe aufgeweicht, weil die Flüchtlingszahlen sprunghaft angestiegen sind. Noch bis Jahresende können auch solche Wachleute zum Einsatz kommen, die sich innerhalb einer Woche zum Objektschützer fortgebildet haben.

Nachbesserungsbedarf sieht auch Alexander Bosch von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Es müsse sichergestellt werden, dass in den Heimen auch Personal arbeite, das zuvor geprüft worden ist. „Wir wissen von einem Fall in Warendorf, bei dem Rechtsextreme unter Wachleuten nur durch Zufall bei einer Polizeikontrolle aufgefallen sind.“

Münstersche Zeitung Münster vom 21.07.2016

Münstersche Zeitung

Ressort: /Nachrichten und Kommentare

Ausgabe:

Hauptausgabe

CDU fordert Tempo bei Abschiebung

NRW-Regierung

DÜSSELDORF. Die CDU-Opposition in NRW verlangt von der Landesregierung mehr Tempo bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Zwar seien die absoluten Zahlen in NRW wie in allen Bundesländern gestiegen, sagte der Vizevorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper, gestern in Düsseldorf. Dies täusche aber darüber hinweg, dass der Anteil Nordrhein-Westfalens an den bundesweiten Abschiebungen von einem Viertel in den Jahren 2010 bis 2014 auf nur noch knapp ein Fünftel zurückgegangen sei. Dabei falle die Ablehnungsquote hier durchaus hoch aus: Im ersten Halbjahr 2016 seien in NRW gut 38 Prozent von rund 50000 Entscheidungen über Asylanträge negativ beschieden worden. Nach Angaben der Bundespolizei konnten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 11000 Flüchtlinge aus NRW freiwillig zurückgeführt werden - etwa ebenso viele wie im gesamten Jahr 2015 (rund 11500). Auch die Zahl der zwangsweisen Abschiebungen aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland ist stark gestiegen - von 1342 in den ersten fünf Monaten 2015 um rund 62 Prozent auf 2167 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.dpa

Westfälischer Anzeiger vom 21.07.2016

Westfälischer Anzeiger

Seite:

5

Quellrubrik:

MANTEL

Ressort:

HINTERGRUND

Ausgabe:

Hauptausgabe

Landeseinrichtungen an die Kommunen?

NRW-CDU sieht Möglichkeit zur Entspannung der Flüchtlingsunterbringung / Mehr Abschiebungen

DÜSSELDORF Etwa 60 Prozent der Plätze in Flüchtlingseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen sind aktuell ungenutzt. Diese Kapazitäten sollten den Kommunen zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden, damit sich die Unterbringungslage entspanne - dieser Vorschlag des CDU-Vize-Fraktionsvorsitzenden André Kuper stößt nur bedingt auf Gegenliebe. In Einzelfällen könne die Übernahme durch die Kommunen sinnvoll sein, sagt der Sprecher des Städte- und Gemeindebundes NRW, Martin Lehrer. Oft handle es sich allerdings um Massenunterkünfte. Die Integration der Zuwanderer könne besser in kleinen Einrichtungen gelingen. Wenn die bisher unerledigten Asylanträge abgearbeitet seien und es anhaltend weniger Zuwanderer gebe, werde sich die Unterbringungsfrage mittel- bis langfristig von selbst erledigen, meint Lehrer. Aktuell nutzt das Land noch sieben Turnhallen; wie viele Sportstätten die Städte und Gemeinden für Flüchtlinge in Anspruch nehmen, ist unbekannt. Außerdem wurden Landeseinrichtungen vielfach längerfristig angemietet. Kuper kritisiert zudem 'massive Ungerechtigkeiten bei der tatsächlichen Kostenerstattung' für Flüchtlinge. In Orten wie Schöppingen mit großer Landeseinrichtung wird die Zuwandererzahl auf die lokale Unterbringungs-pflicht angerechnet. Da lebe, so der Christdemokrat, nur ein Flüchtling, der von der Kommune unterstützt werde. Somit gibt es dort die landesweit höchste Pro-Kopf-Erstattung mit 1,1 Millionen Euro. In Salzkotten hingegen, wo zu Jahresbeginn 1872 Zuwanderer lebten, gibt es insgesamt nur 3,4 Millionen Euro als Entschädigung. Das ergibt pro Kopf eine Erstattung von 1789 Euro. Ferner kritisiert Kuper das langsame Tempo bei Abschiebungen. Die absoluten Zahlen täuschten darüber hinweg, dass der Anteil NRWs an den bundesweiten Abschiebungen von einem Viertel in den Jahren 2010 bis 2014 auf knapp ein Fünftel zurückgegangen sei. Dabei sei die Ablehnungsquote hoch: Im ersten Halbjahr 2016 seien in NRW gut 38 Prozent von rund 50 000 Entscheidungen über Asylanträge negativ beschieden worden. Das Innenministerium verweist derweil in einer dpa-Umfrage auf die deutliche Zunahme bei der Zahl der Abschiebungen im ersten Halbjahr 2016 und nimmt für sich in Anspruch, mit 2167 Abschiebungen in diesem Jahr das Ranking der Bundesländer anzuführen. Zwar rangiert das einwohnerstärkste Bundesland damit in absoluten Zahlen hinter Sachsen (2245), allerdings lagen in Düsseldorf nur Zahlen aus den ersten fünf Monaten vor. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nahmen Abschiebungen in NRW um 62 Prozent zu. Deutliche Zuwächse wurden zudem bei den geförderten freiwilligen Ausreisen verzeichnet. Allein in NRW nahmen in diesem Jahr 8356 Rückkehrer ein bundesweites Hilfsprogramm in Anspruch. In 2652 weiteren Fällen organisierte und finanzierte das Land die Ausreise in die Heimat. 'Die freiwilligen Ausreise ist die bessere Lösung - für alle Beteiligten. Und Dazu beraten wir die Menschen. Und

Neue Rhein Zeitung

NRW-CDU wittert „Lex Mülheim“

Fraktionsvize André Kuper fordert Hilfe für deutlich mehr Not leidende Städte

Von Matthias Korfmann



André Kuper

FOTO: HO

Düsseldorf. Die CDU im nordrhein-westfälischen Landtag kritisiert scharf die geplante dritte Stufe des Hilfsprogramms „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für klamme NRW-Kommunen. Der Fraktionsvize der Christdemokraten, André Kuper, nannte das Hilfspaket am Mittwoch eine „Lex Mülheim“. Die Teilnahmevoraussetzungen für den Stärkungspakt seien gezielt auf Mülheim an der Ruhr zu-

geschnitten worden, behauptete Kuper.

Neben dieser Ruhrgebietsstadt profitierten nur vier weitere Kommunen – Alsdorf, Laer, Lünen, Heiligenhaus – vom Stärkungspakt Teil drei. „40 Kommunen befinden sich ebenfalls in einer Haushaltsnotlage mit einer ebenso hohen Pro-Kopf-Verschuldung mit Kassenkrediten. Aber sie sollen keine Hilfe erhalten“, sagte Kuper. Die fünf Begünstigten bekommen bis zum Jahr 2022 insgesamt

rund eine Milliarde Euro. In der ersten Stufe des Stärkungspaktes seien jährlich 350 Millionen Euro ausgeschüttet worden für 34 Kommunen. In der zweiten Stufe seien immerhin noch 27 Städte berücksichtigt worden. Das Hilfspaket müsse unbedingt für weitere Not leidende Städte geöffnet werden, so die Union.

Ungerechte Kostenerstattung

„Ungerechtigkeiten“ erkennt CDU-Fraktionsvize Kuper auch bei der Kostenerstattung, die die Städte vom Land für die Flüchtlingsaufnahme

erhalten. Profitieren würden davon vor allem jene Städte, in denen das Land große Einrichtungen für die Erstaufnahme von Flüchtlingen unterhalte. Die Gemeinde Salzkotten bekomme pro Flüchtling und Jahr rund 1790 Euro. Dagegen erhalte Hemer rund 185 000 Euro für jeden aufgenommenen Flüchtling, Burbach 146 000 Euro. Außerdem „dulde“ Nordrhein-Westfalen viel mehr als andere Bundesländer den Aufenthalt von abgelehnten Asylbewerbern, bemängelt die CDU-Opposition.

Kölner Stadt-Anzeiger

CDU moniert Höhe der Hochwasser-Hilfen in NRW

FLUTOPFER Andere Bundesländer seien großzügiger

VON JENNIFER STÖTZEL

Düsseldorf. Zu wenig Geld für Flutopfer und kein langfristiges Konzept: Die CDU-Landtagsfraktion kritisiert das Handeln der Landesregierung nach den heftigen Unwettern Anfang Juni. Die Initiativen des Landes gehen CDU-Abgeordnetem Gregor Golland nicht weit genug. Er moniert, dass die Flutopfer in NRW schlechter behandelt werden als betroffene Bürger in anderen Bundesländern.

Die bayerische Landesregierung habe etwa ein dreistufiges Konzept entwickelt, das unter anderem die Hilfen nach Schadensgebieten einteile. In Bayern gibt es zudem bis zu 1500 Euro Soforthilfe sowie bis zu 5000 Euro, um zerstörte Einrichtung zu ersetzen. Um Ölschäden zu beseitigen, gibt es bis zu 10 000 Euro. In besonderen Härtefällen greift zudem ein Fonds, der bis zu 100 Prozent der Schäden ersetzt. Hätten die Häuser allerdings versichert werden können, müssen Bürger mit Abschlägen rechnen. In Baden-Württemberg haben Bürger indes 500 Euro

Soforthilfe bekommen. Pro Haushalt gab es maximal 2500 Euro.

Die NRW-Landesregierung hat Mitte Juni beschlossen, betroffenen Bürgern, darunter auch Anwohnern im Rhein-Sieg-Kreis und Bonn, ebenfalls Soforthilfen zur Verfügung zu stellen. Antragsberechtigt seien Privathaushalte sowie kleinere Gewerbe- sowie landwirtschaftliche Betriebe, so das Innenministerium. Voraussetzung sei, dass der Schaden bei Privatleuten mindestens 5000 Euro und bei Gewerbe- und Landwirtschaftsbetrieben mindestens 10 000 Euro betrage und der Abschluss einer Versicherung nicht möglich gewesen sei. Pro Haushalt gab es maximal 2500 Euro, pro Unternehmen 5000 Euro.

Laut Innenministerium ist ein Vergleich mit Bayern „wegen der unterschiedlichen Auswirkungen der Wetterereignisse nicht zielführend“. Jedoch soll eine Richtlinie zur Gewährung finanzieller Hilfen bei ähnlichen Unwetterkatastrophen erarbeitet werden. „Die Bürger zahlen auch hier in NRW eine Menge Steuern und können unbürokratische Hilfe des Staates erwarten“, sagte Golland. Versicherungsunternehmen beziffern die versicherten Schäden auf insgesamt 13,1 Millionen Euro.

Rheinische Post

CDU wertet den Stärkungspakt III als „Lex Mülheim“

DÜSSELDORF (hüw) Das von der rot-grünen Landesregierung geplante dritte Hilfspaket („Stärkungspakt“) für finanzschwache Kommunen ist nach Einschätzung der Union eine „Lex Mülheim“. Gemeint ist ein Gesetz zugunsten der Ruhrgebietsstadt Mülheim, deren prominenteste Vertreterin NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft (SPD) ist. Zur Begründung hieß es, die Bedin-

gungen zur Teilnahme seien „auf Mülheim an der Ruhr gemünzt“. Nur vier weitere Kommunen – Alsdorf, Laer, Lünen und Heiligenhaus – kämen ebenfalls infrage. Von 2017 bis 2022 könnten diese fünf Städte und Gemeinden mit insgesamt einer Milliarde Euro rechnen. Das sei unverhältnismäßig üppig. Das NRW-Innenministerium wies die Einschätzung zurück. Noch habe keine Kommune die Teilnahme beantragen können, da das entsprechende Städtepakt-Gesetz noch gar nicht verabschiedet sei. Der Antrag muss bis Ende Januar 2017 eingereicht worden sein.

Rheinische Post

Steuereinnahmen steigen im Juni um 5,1 Prozent

BERLIN (mar) Bund, Länder und Gemeinden haben im Juni 5,1 Prozent mehr Steuern eingenommen als im Vorjahresmonat. Das geht aus dem aktuellen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervor, der heute veröffentlicht wird. Die Einnahmen des Bundes nahmen 4,2, die der Länder mit 8,5 Prozent mehr

als doppelt so stark zu. Stark entwickelte sich die Umsatzsteuer mit einem Plus von 6,2 Prozent. Von Januar bis Juni 2016 lag die Umsatzsteuer dank des kräftigen privaten Konsums um 4,4 Prozent über dem Ergebnis im gleichen Vorjahreszeitraum. Die wichtigste Ländersteuer ist die Grunderwerbsteuer, die weiterhin hohe Zuwächse von zwölf Prozent verzeichnete. Hier schlagen Umsatzzuwächse und Steuersatzanhebungen zu Buche, heißt es in dem Bericht. Im Juni war aber auch bei der Erbschaftsteuer ein hohes Steueraufkommen zu verzeichnen.